ENTWURF

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Sprockhövel und der Stadt Schwelm über die Durchführung der Beihilfebearbeitung für die Bediensteten und Versorgungsempfänger der Stadt Sprockhövel durch die Stadt Schwelm

Zwischen der Stadt Sprockhövel und der Stadt Schwelm wird gemäß §§ 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) – SGV. NRW. 202 – folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

§ 1

Die Stadt Schwelm führt im Auftrag und im Namen der Stadt Sprockhövel die Bearbeitung der ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Vereinbarung bei der Stadt Sprockhövel eingehenden Beihilfeanträge der Bediensteten und der Versorgungsempfänger der Stadt Sprockhövel durch.

§ 2

Die Kosten für die Aufgabendurchführung werden der Stadt Schwelm von der Stadt Sprockhövel mit einer Fallpauschale erstattet. Die Fallpauschale beträgt 23,00 EUR je beschiedenem Beihilfeantrag und beinhaltet sämtliche mit der Beihilfesachbearbeitung im Zusammenhang stehenden Kosten.

Sollte die Stadt Schwelm zur Umsatzsteuer herangezogen werden, wird diese der Stadt Sprockhövel zusätzlich in Rechnung gestellt. Dies gilt auch für eine evtl. rückwirkende Heranziehung durch die Finanzverwaltung im Rahmen einer Betriebsprüfung.

Die Stadt Schwelm erstellt halbjährlich zum 15.05. und zum 15.11. jeden Jahres eine Rechnung über den im jeweiligen Abrechnungszeitraum angefallenen Erstattungsbetrag. Die nach diesem Zeitpunkt beschiedenen Anträge werden in der Folgeperiode abgerechnet. Die Überweisung des Rechnungsbetrages an die Stadt Schwelm erfolgt bis zum 31.05. bzw. 30.11. eines Jahres.

§ 3

Die Stadt Schwelm verpflichtet sich, nach Eingang der Beihilfeanträge die Bearbeitung bis zur Übermittlung der Auszahlungsaufstellung durchzuführen. Hierzu stellt die Stadt Schwelm das erforderliche Personal sowie die notwendigen Arbeitsmittel und Räumlichkeiten bereit.

Die Beihilfebearbeitung schließt auch die nachstehend aufgeführten sonstigen Leistungen mit ein:

- Beratung der Beihilfeberechtigten (persönlich und telefonisch),
- Unterrichtung über Änderungen im Beihilferecht,
- Genehmigungsverfahren für Sanatoriumsaufenthalte, Reha-Maßnahmen, Kuren, ambulante Psychotherapie und besondere Hilfsmittel,

- Prüfung und Kostenübernahmeerklärungen bei kieferorthopädischen Behandlungen, Zahnersatz und speziellen Heilbehandlungen (z. B. Alkoholentziehungskuren, Behandlung in psychosomatischen Kliniken),
- Beratung und Vorbereitung bei grundsätzlichen Ermessensentscheidungen z. B. für eine Erhöhung des Bemessungssatzes (Entscheidung obliegt der Stadt Sprockhövel),
- Beratung und Vorbereitung bei Widerspruchs- und Klageverfahren (Entscheidung obliegt der Stadt Sprockhövel),
- Bescheinigungen über Beihilfeberechtigungen,
- Prüfung, Festsetzung und Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen im Rahmen der Beihilfe zur Pflege.

Die Stadt Schwelm übersendet der Stadt Sprockhövel wöchentlich eine Aufstellung über die auszahlenden Beihilfen. Die Beihilfen einschließlich Kosten Dritter (z. B. Gutachtergebühren) werden durch die Stadt Sprockhövel überwiesen.

§ 4

Die Stadt Sprockhövel bleibt Trägerin der Aufgabe, sie trägt insbesondere weiterhin die haftungsrechtliche Verantwortung.

Die Durchführung der Rechnungsprüfung obliegt weiterhin dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Sprockhövel. Die Rechnungsprüfung findet am Ort der Aktenhaltung statt.

§ 5

Die Stadt Sprockhövel und die Stadt Schwelm werden sich in Ergänzung dieser Vereinbarung über alle Verfahrensfragen, die zur Aufgabendurchführung zu regeln sind, verständigen. Diese Regelungen werden schriftlich festgehalten.

Gegenstände dieser Regelungen sind insbesondere:

- Transport und Lagerung der Unterlagen (Anträge, Bescheide, Beihilfeakten etc.),
- Überprüfung der für die Antragsbearbeitung relevanten Personaldaten,
- Übermittlung der Aufstellung über die auszahlenden Beihilfen,
- Ausgabe der Beihilfeanträge.

§ 6

Die Fallpauschale wird zum 1. Januar jeden Jahres gemäß der prozentualen Veränderung der Personalkosten einer Verwaltungskraft nach Besoldungsgruppe A 8 angepasst. Berechnungsgrundlage hierfür ist die für die Kommunen in den alten Bundesländern geltende Personalkostentabelle in dem jeweils aktuellen KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ im Vergleich zum Vorjahresbericht.

§ 7

Diese Vereinbarung wird am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Ennepe-Ruhr-Kreises wirksam. Die Vereinbarung wird zunächst über einen Zeitraum von zwei Jahren geschlossen. Sie verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn

sie nicht von einem der Beteiligten sechs Monate vor Ablauf schriftlich gegen Empfangsbekanntnis (Eingang beim Vertragspartner) gekündigt wird.

Die Möglichkeit einer außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 8

Änderungen oder Ergänzungen der Vereinbarung bedürfen der Schriftform und müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein.

Sollte eine Bestimmung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos fortfallen kann, ist sie durch eine solche zu ersetzen, die dem beabsichtigten Sinn und Zweck am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit diese Vereinbarung lückenhaft sein sollte.

Sprockhövel, den

Schwelm, den

Dr. Walterscheid
Bürgermeister

Stobbe
Bürgermeister

Woldt
Beigeordneter

Voß
Beigeordneter